

Zum Einstieg: Warum wir (mehr) streiten müssen

Wir leben in Zeiten, in denen Extremisten an Einfluss gewinnen. Rechtsextremisten, Faschisten und Neonazis hier, Islamisten dort. Viele dieser Leute nennen wir verharmlosend Populisten. Sie bieten vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Probleme, gewinnen auf diese Weise Wahlen, stellen Abgeordnete, machen sich demokratische Strukturen zunutze, um die Demokratie auszuhöhlen. Sie setzen die Agenda, regieren in manchen Ländern mit,

stellen in einigen gar den Regierungschef, und stets vergiften sie das Klima in einer Gesellschaft.

Es ist erschreckend normal geworden, andere Menschen auszugrenzen. Um das eigene Wir-Gefühl zu stärken, um Menschen herabzuwürdigen, um sich selbst zu erhöhen. Wer in Deutschland etwas gegen die AfD sagt, wird als »antideutsch« hingestellt, ähnliche Erfahrungen machen Kritiker der FPÖ in Österreich. Wer sich hingegen menschenverachtend und rassistisch äußert, wer seine – verlogene – Argumentation auf »alternativen Fakten« aufbaut, wer sich selbst über das Recht und damit Rechtsstaatlichkeit in Frage stellt, wer bisweilen Religion als Machtinstrument missbraucht (»Blasphemie! Ungläubige!«) und sich selbst als »das Volk« definiert, indem er andere nach Gutdünken ausgrenzt, kommt damit davon und wird von manchen sogar dafür gefeiert.

Nicht nur manche Politiker reden so, auch Rechtspopulisten, Rechtsextremisten, Neonazis sowie ihre Anhänger, die oft nur Mitläufer sind. Und obwohl sie alle, gesamtgesellschaftlich gesehen, lediglich eine Minderheit darstellen, geben sie den Ton an, bestimmen die Debatte und erhalten große Aufmerksamkeit.

Oft genug wird behauptet, bei Menschen, die solche Haltungen vertreten, handele es sich um »besorgte Bürger«, um »Leute, die angstvoll in die Zukunft blicken«, die also nur »ihrem Unmut Ausdruck verleihen«. Man solle sie »ernst nehmen«, »den Dialog suchen«, ihnen »Respekt entgegenbringen«, und das alles bitte schön »auf Augenhöhe«. Was da unausgesprochen mitklingt: Wir sollten ihre Ansichten endlich akzeptieren, sie als »Teil des Meinungsspektrums« hinnehmen, selbst wenn wir sie nicht teilen. Schließlich seien ihre Meinungen ja nicht verboten und die

Abgeordneten »demokratisch gewählt«!

Dass es sich um herablassende, feindselige, menschenverachtende, rassistische und oft abgrundtief dumme Äußerungen handelt, wird geflissentlich überhört. »Sie meinen es doch nicht so«, heißt es dann gelegentlich. Ebenso vernimmt man hier und da Zustimmung: »Endlich sagt's mal jemand!«, oder: »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen!«

Schluss damit!

Ich möchte nicht, dass solche Leute in unserer Gesellschaft den Ton angeben! Ich möchte, dass wir uns ihnen entgegenstellen! Ich ermutige dazu, sie politisch zu bekämpfen! Ich fordere zum Streit auf!

Denn das, was wir erleben, ist nicht nur eine politische und wirtschaftliche, sondern in erster Linie eine moralische Krise. Sie ist, geprägt von einer immensen Verachtung der Wahrheit, eine Gefahr für uns alle. Die distanzierte Analyse

alleine, die sich nicht einmischt, die nicht Einhalt gebietet und Konsequenzen folgen lässt, wird uns nicht retten. Wenn wir uns diesen Leuten nicht stellen – und entgegenstellen –, wenn wir keinen Widerstand leisten, sondern den Streit meiden, wird sich unsere Gesellschaft noch stärker verändern, als sie es in den letzten Jahren bereits getan hat. Wir mögen gegen Hass und Menschenverachtung sein, aber wenn wir schweigen, wenn sich jemand rassistisch, fremdenfeindlich, demokratieverachtend äußert, werden solche Haltungen gewöhnlich, sie dringen immer tiefer in immer mehr Köpfe ein, sie werden akzeptiert, bestimmen erst unsere Gedanken und schließlich unser Handeln.

Ich bin überzeugt, dass nur Widerstand, der Konsequenzen hat, hilft. Ich ermutige dazu, sich aufzulehnen gegen diejenigen, die Chaos heraufbeschwören, Freiheiten beschneiden und unsere Art zu leben zerstören wollen.